WP25 C. Freiheit schützen – Vielfalt leben 2. Migration und Integration: Würde achten, Vielfalt ermöglichen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.12.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Migration und Integration: Würde achten, Vielfalt ermöglichen

Offenheit und Vielfalt sind eine Bereicherung unseres Landes. Wir BÜNDNISGRÜNE gestalten die moderne Einwanderungsgesellschaft und stellen uns dabei verantwortungsbewusst den Herausforderungen der Migration und des Zusammenlebens. Denn Migration ist ein menschlicher Prozess, den es immer gegeben hat und auch weiterhin geben wird.

Und Thüringen braucht auch in den kommenden Jahren Zuwanderung. Allein bis 2035 scheiden etwa 385.000 Menschen aus dem Arbeitsleben aus. Für etwa 138.000 von Ihnen gibt es nach aktuellen Prognosen derzeit keinen Ersatz. Dieser Arbeitskräftemangel ist ein großes Problem unserer Zeit – Thüringen muss sich deshalb aktiv auf dem internationalen Arbeitsmarkt bemühen, um im weltweiten Wettbewerb um Arbeitskräfte standzuhalten.

Gleichzeitig verteidigen wir das Recht auf Asyl und setzen uns für umfassende gesellschaftliche Teilhabe und einen menschenwürdigen Umgang mit den hier lebenden Geflüchteten Menschen ein. Wir müssen Menschen helfen, die bei uns Schutz suchen vor Krieg und Verfolgung, vor Tod und Folter, vor Hunger und Naturkatastrophen. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit. Daran muss sich auch unser staatliches Handeln messen lassen. Daraus folgt unser Ansatz, wie wir unserer humanitären Verantwortung im Rahmen von Flucht und Asyl in Thüringen gerecht werden können.

Für uns beginnt dies mit einer modernen, gut ausgebauten und leistungsfähigen Erstaufnahme. Hierbei setzen wir weiter auf starke und ausreichend finanzierte Kommunen, die ihren staatlichen Aufgaben in der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten dauerhaft gerecht werden können. Geflüchteten und ihren Familien soll ein selbstbestimmtes Leben in Thüringen möglich sein. Zur gelingenden Integration braucht es ausreichende Sprachkurse, durchgängige Beratung, faire Verfahren und ein abgestimmtes Behördenhandeln im Sinne der hier lebenden Menschen. Und natürlich eine Willkommenskultur, die die zu uns kommenden Menschen annimmt und integriert.

Kernziele:

- Ausbau und Modernisierung von Kapazitäten in der Erstaufnahme
- Menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in dezentralen Wohnungen
- Zugang zu Beratung, Bildung und Teilhabe am Arbeitsmarkt von Anfang an
- Rahmenbedingungen für Integration durch Integrations- und Teilhabegesetz verbessern
- Fachkräfteeinwanderung ermöglichen und Willkommenskultur in Behörden (siehe Kapitel Wirtschaft)

Sicher und gut ankommen

Seit 2022 erleben wir einen gestiegenen Zugang an Asylsuchenden, der in allen Bundesländern mehr Unterbringungsplätze für Geflüchtete erfordert. Auch in Thüringen haben viele ukrainische Geflüchtete noch immer keine eigene Wohnung gefunden, was in der Folge zu vollen Erstaufnahmeeinrichtungen und insgesamt zu wenig Kapazitäten der Kommunen in der Anschlussunterbringung führt. Mit der Schaffung neuer Plätze in der Erstaufnahme, einer verbesserten Kostenerstattung an die Kommunen und einer entschiedenen Förderung der dezentralen Unterbringung in Wohnungen wollen wir Rahmenbedingungen für ein gutes und sicheres Ankommen der nach Thüringen geflüchteten Menschen sicherstellen. Unser Ziel: ein modernes und leistungsfähiges Unterbringungssystem in Thüringen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Modernisierung, Ausbau und Schaffung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen mit dem Ziel, die derzeitigen Erstaufnahmekapazitäten mindestens zu verdoppeln
- Unterkünfte an den Ansprüchen der Menschen ausrichten, Barrierefreiheit und Privatsphäre gewährleisten
- Im Rahmen der Aufnahme und Verteilung besondere Schutzbedarfe zu Beginn feststellen und durchgängig berücksichtigen, Familientrennung unbedingt vermeiden
- Aufenthalt in der Erstaufnahme soll so kurz wie gestalten, Aufhebung der Wohnverpflichtung in der Erstaufnahmeeinrichtung
- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, finanzielle Förderung zur Wohnraumbereitstellung ausweiten (siehe Kapitel Wohnen)
- Geflüchteten private Wohnsitznahme während der Anschlussunterbringung ermöglichen
- Finanzierung der Sozialbetreuung von Asylsuchenden in den Kommunen verbessern
- Regelmäßige Überprüfung der Unterbringungsstandards und Sicherstellung von Lernorten für geflüchtete Schüler*innen und Auszubildende
- Stärkung der behördenunabhängigen Asylverfahrens- und Migrationsberatung, Fortführung des Landesprogramms Dolmetschen
- Für besonders schutzbedürftige Geflüchtete (Opfer von Menschenhandel, Queere, Traumatisierte, Behinderte, allein reisende Frauen, unbegleitete minderjährige Geflüchtete etc.) spezialisierte Beratungs- und Unterstützungsangebote etablieren
- Förderung unabhängiger und ehrenamtlicher Unterstützungsnetzwerke

Mit Integration, modernen Verwaltungsstrukturen und positiver Willkommenskultur Thüringens Vielfalt gestalten

Migration gehört zu unserem Alltag und prägt unser Zusammenleben. Unsere Gesellschaft ist eine Einwanderungsgesellschaft und auch Thüringen wird in Zukunft vielfältiger sein. Für uns kommt es daher darauf an, dass wir diese Vielfalt positiv gestalten. Dies setzt die gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Migrant*innen voraus, damit die Menschen, die hier leben, sich bei uns einbringen, hier arbeiten und sich ein Leben aufbauen können.

Dafür möchten wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und in gegenseitiger Anerkennung und Respekt die Integration für alle hier lebenden Menschen möglich machen. Doch hierfür braucht es alle Thüringer*innen – denn Integration ist keine Einbahnstraße. Vor allem braucht es aber eine positive Willkommenskultur

in der ganzen Gesellschaft, ausreichend Kitaplätze, eine unbürokratische digitale Verwaltung und ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht auf Bundesebene. Der entschlossene Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus ist elementar für eine echte Willkommenskultur.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gewährleistung von Sprachkursen für alle Geflüchteten, die keinen Zugang zum Integrationskurs haben, unabhängig von der Bleibeperspektive
- Verstetigung und Ausweitung der Landesprogramme Start Deutsch, Start Bildung und Förderung der Herkunftssprache
- Verankerung eines bedingungslosen Rechts auf Bildung zum Nachholen von Schulabschlüssen und Stärkung der Bildungsberatung für Geflüchtete
- Entlastung für die Kommunen und schnellere Verfahren zur Fachkräftezuwanderung und zur Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen in einem Amt für Migration
- Einführung eines stichtagsunabhängigen Spurwechsels und Ausweitung des Chancenaufenthaltsrechts
- Absicherung sämtlicher Integrationsmaßnahmen des Landes durch ein Integrationsfördergesetz
- Interkulturelle und digitale Kompetenzen sowie Mehrsprachigkeit in den Kommunen und Ausländerbehörden fördern

Humanitäre Verantwortung übernehmen - Asylrecht verteidigen!

Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, bei der jeder einzelne Mensch zählt. Deshalb verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl. Es ist Teil unserer Verfassung und eine Lehre aus der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. So setzen wir uns auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene dafür ein, dass dieses Grundrecht nicht weiter geschliffen und missachtet wird. Das Sterben an den europäischen Außengrenzen muss enden. Die faire und rechtsstaatliche Prüfung des Anspruchs auf Schutz und Asyl ist elementar.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Abschaffung des Konstrukts sicherer Herkunftsstaaten, denn das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten zielt darauf, Schutzsuchende aus diesen Ländern

schnell abzuschieben, indem nicht menschenrechtliche Tatsachen, sondern die pauschale Unterstellung fehlender Schutzgründe erfolgt

- Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete und Regionen, in denen es zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt

- Winterabschiebestopp für alle Länder, in denen die Betroffenen nach einer Abschiebung existenziell bedroht sind

- Fortführung von Landesaufnahmeprogrammen, die besonders schutzbedürftige Geflüchtete aus den katastrophalen Bedingungen an der europäischen Außengrenze oder anderen Drittstaaten herausholen